



Reden

12.11.2014

Thema: Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIE WÄHLER halten diesen Gesetzentwurf formell und materiell für verfassungswidrig und werden uns deshalb auch verfassungsrechtliche Schritte vorbehalten: die Prüfung nach Artikel 75 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung und eine Popularklage.

Wie das Gesetzgebungsverfahren hier abgelaufen ist, ist letztlich beschämend; denn die Oppositionsrechte sind hier massiv umgangen worden.

(Erwin Huber (CSU): Das ist doch ein Blödsinn!)– Doch! Gerade Sie müssten den Mund halten dort hinten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Denn, Herr Huber, hätten Sie zum Antrag im Ausschuss nicht abstimmen lassen, sondern hätten sie ihn ganz normal nach der Geschäftsordnung behandelt, dann wäre es nicht so weit gekommen.

(Zuruf von der CSU: Waren Sie dabei?)

Sie tragen doch die Hauptschuld an dieser ganzen Misere.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ihr Verhalten haben wir im Ältestenrat gerügt; erst dann wurde über den Antrag auf Durchführung einer zweiten Anhörung abgestimmt. In § 173 der Geschäftsordnung heißt es: Eine Anhörung ist möglich zu einem Gegenstand der Beratung. – Wenn wir aber heute diesen Gesetzentwurf beschließen, dann ist der Anhörungsgegenstand weggefallen. Dann haben Sie im Grunde die Oppositionsrechte durch die Hintertür untergraben. Das ist eigentlich eine schandhafte Situation, die Sie herbeigeführt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Es ist ohnehin die Frage, was Sie mit dem Ganzen hier erreichen wollen. Sie sagen zwar: eine Koalition mit dem Bürger. Gerade den Bürger nehmen Sie hier aber nicht ernst; denn ansonsten würden wir keinen Energiedialog führen und gleichzeitig die Pflöcke einschlagen für ein Gesetz, das ein ganzes Spektrum der Energiewende ausschließt. Ich frage mich daher: Was wollen Sie denn eigentlich? – Sie wollen keine Windenergie; sie wollen keine Trassen; sie wollen keine Speicher.

(Ingrid Heckner (CSU): So ein Schmarrn!)

Was wollen Sie? Wollen Sie etwa eine Laufzeitverlängerung? Dann sagen Sie es doch!



**BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
Florian Streibl**

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Des Weiteren fallen Sie mit diesem Gesetz der kommunalen Selbstverwaltung massiv in den Rücken.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Im Gegenteil!)-

Nein! Am Schluss wird sich zeigen, was dabei herauskommt. Das Heulen und Zähneknirschen auf Ihrer Seite wird schon noch kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen wäre es sinnvoll, wenn wir hier jetzt ein Moratorium beschließen und den Energiedialog erst mal abwarten würden, bevor wir hier weitermachen. Das scheint aber etwas zu sein, das Ihnen nicht einsichtig ist; denn mit dieser Energiepolitik, die Sie hier betreiben, steuern Sie auf eine Teilung der Strompreise in Deutschland zu. Wir werden in Bayern höhere Strompreise bekommen. Das geht letztlich zulasten der bayerischen Wirtschaft und ganz besonders des bayerischen Mittelstands.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das heißt, Sie arbeiten schädlich für Bayern und gerade für die vielen Bürgerinnen und Bürger, die im Mittelstand tätig sind. Wenn Sie nicht die sein wollen, die in Bayern das Licht ausmachen, dann sollten Sie sich das, was Sie heute tun wollen, genau überlegen. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)